

„Völlig irreführend und sachlich unhaltbar“

Grüne scheitern im Rat mit Antrag zu IGI-Planungspause – Bürgerinitiative erneuert ihre Vorwürfe

Mit einem Antrag an den Gemeinderat der Stadt Biberach wollten die Grünen ein vorläufiges Ende der Planungen zum Interkommunalen Gewerbegebiet (IGI) bei Herrlishöfen erreichen. Nachdem der Bauausschuss ablehnte, kritisiert die Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Risstal (BI Risstal) die Abstimmung der Räte. Dem IGI-Zweckverband wirft sie zweifelhaftes ökologisches Verständnis vor.

VON MARKUS FALK

REGION - Anders als die BI Risstal fordern die Grünen keinen grundsätzlichen Abbruch der Planungen zum IGI Risstal. Sie wollen die Weiterentwicklung des IGI vorerst nur ruhen lassen. Stadtrat Josef Weber erläuterte den Antrag seiner Fraktion: „In Zeiten der Corona-Pandemie, von Flächenverbrauch und Umweltverschmutzung ist es nicht angebracht, das IGI weiterzuverfolgen.“ In der Begründung der Grünen heißt es weiter, mit den Gewerbegebieten Mittelbiberacher Steige und Flughafen und Möglichkeiten des Rückbaus sowie Nachverdichtung in der Stadt gebe es genug Möglichkeiten.

Baubürgermeister Christian Kuhlmann erläuterte hingegen, das IGI sei für Betriebe in Biberach von enormer Bedeutung: „Das IGI ist ein kein x-beliebiges Baugebiet. Wir wollen für drei bis fünf große, hier ansässige Unternehmen Perspektiven schaffen. Auch in der Öffentlichkeit ist heiß diskutiert worden, noch nie sind im Vorfeld des Bebauungsplans so viele Stimmen zu Wort gekommen.“ Bei den Planungen stehe gerade der ökologische Aspekt im Mittelpunkt. Unter anderem durch den Wegfall von öffentlichen Parkflächen, einer Begrünung weit über die Vorgaben hinaus und der Möglichkeit einer Begrünung von Flachdächern entstehe sogar ein ökologischer Mehrwert: „Die Fläche wird ökologisch wertvoller sein als es durch die Landwirtschaft möglich wäre.“

Gabriele Kübler (SPD) lobte die Anpassungen bei den Planungen in ökologischer Hinsicht, kritisierte aber, Fragen zum hydrologischen Gutachten seien noch nicht beantwortet worden. Kuhlmann erklärte daraufhin, man stehe dazu in enger Absprache mit dem Landratsamt: „Untersuchungen haben aber gezeigt, dass Altlasten



Schon in früheren Planungsphasen haben sich die Verantwortlichen des geplanten Gewerbegebiets den Fragen der Bürger gestellt. Foto: mf

kein Problem für unser Gebiet sind.“ Alfred Braig (FDP) sagte: „Wir wollen das IGI für die Entwicklung unserer Betriebe, nicht für Betriebe von außen.“ Auch wegen des hohen ökologischen Standards stimme die FDP weiteren Planungsschritten zu, erklärte Braig. Friedrich Kolesch (CDU) sieht im IGI ein ökologisches Vorzeigeprojekt und eine wichtige Vorlage zur Weiterentwicklung der Region: „Wir müssen unseren Unternehmen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung bieten.“ Kritisch sieht Kolesch die fehlenden öffentlichen Parkplätze für LKW-Fahrer. Er bemängelt auch den Wegfall des Park-and-Ride-Parkplatzes zugunsten einer Photovoltaikanlage: „Warum kann man nicht beides machen?“

„Ökologisch wertvoller als durch Landwirtschaft“

Zur Abstimmung im Bauausschuss sagt Klaus Schneider von der BI Risstal auf Nachfrage des Südfinders: „Die Fragen zum hydrologischen Gutachten werden nicht beantwortet? Weil es kein hydrologisches Gutachten gibt.“ Das aus Freiburg geforderte hydrologische Gutachten sei vom Zweckverband weder vorgelegt noch überhaupt in Auftrag gegeben worden. Schneider wirft dem Zweckverband zudem vor, nur anzupflanzen, um den Bauauflagen zu genügen: „Anschließend vertrocknen die Pflanzen, weil das wirtschaftlicher ist, und weil niemand dafür haften muss.“ Der Ökologie wäre damit nur nach dem Verständnis des IGI Zweckverbands und seiner Berater genü-

ge getan. Auch von der Behauptung, das IGI werde nur zur Erweiterung heimischer Firmen geplant, hält Schneider wenig: „Das ist völlig irreführend und sachlich unhaltbar, auch wenn es ständig wiederholt wird.“ Das deutsche Recht auf Niederlassungsfreiheit und das EU-Binnenmarktgesetz toleriere solche Einschränkungen nicht. Die Begründung des Zweckverbands für das IGI sei die Dringlichkeit der Nutzung durch die Firma Handtmann für eine Herstellung von Teilen für Elektroautos gewesen. „Da die Firma Handtmann diese Fertigung inzwischen in Sachsen aufbaut, ist die Dringlichkeit für ein IGI Risstal nicht mehr gegeben.“

Handtmann hingegen betont auf seiner Homepage, nach wie vor Interesse an einem Standort im IGI zu haben: „Wenn Handtmann weiterhin seinen Hauptstandort in Biberach zukunftsfähig halten will, sind Erweiterungsmöglichkeiten unabdingbar.“

Mit zehn zu sechs Stimmen lehnten die Räte den Antrag der Grünen ab und stimmten gleichzeitig für den nächsten Schritt im Verfahren. Darüber berät am 1. Februar auch noch der Gemeinderat.